

# Mormörs

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Erwerbslosennot vor dem Landtag.

Auf der Tagesordnung des Preussischen Landtags stehen heute lediglich Anträge aus dem Hause sowie eine deutsche Interpellation über die endgültige Anerkennung der jüdischen dänischen Grenze.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der sozialdemokratische Antrag über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten und über die Unterführungen für die Erwerbslosen, über die Herstellung von Kleinwohnungen und über die Wohnungsmieten.

Abg. Lüdemann (Soz.)

begründet den Antrag: Wir haben jetzt wieder eheliches Geld, aber keine ehrliche Wirtschaft. Die Preisforderungen sind immer noch ungerecht. Welche Substanz muß denn erhalten werden? Die Substanz besteht doch zum größten Teil aus den Riesengewinnen der letzten Jahre. Das beste Beispiel ist die Holzindustrie. Der Forstfiskus hat kein Holz für Papiermark abgegeben; die Holzhändler haben dadurch ungeheure Gewinne einstreifen können, während der Fiskus arm geworden ist. Unerschrocken sind die Preisforderungen. Sie sind gerade ein Telefonwucher. Auch ein weiterer Abbau der Gütertarife muß in Angriff genommen werden. Die Arbeitslosigkeit wird sich ihre sozialen Erregungsfaktoren nicht nehmen lassen, wenn sie sich auch vorübergehend unsozialen Diktaten fügen muß.

Hungerlöhne sind kein Beweis für den Wiederaufbau.

Die deutschen Unternehmer müssen sich vollkommen umstellen, der inländische Markt wird gestärkt werden. Dazu ist vor allem eine Erhöhung der Kaufkraft der Massen notwendig.

(Fortsetzung des Berichts in der Morgenausgabe.)

## Deutschlands Kohlenförderung.

Tagung des Reichskohlenrates.

Der Reichskohlenrat trat heute noch fast einjähriger Pause zusammen. Der Geschäftsführer des Reichskohlenrats, Bergbaupräsident Bennhold, erstattete den Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft. Infolge der Ruhrbesetzung hat sich die Kohlenförderung im Jahre 1923 katastrophal gestaltet. In den letzten Monaten der Ruhrbesetzung hatte die Förderung in den besten Gebietsstellen so gut wie ganz aufgehört, erst für den Monat Dezember, nach dem Zustandekommen des Wismarvertrages, wurde im Ruhrrevier eine Förderung erreicht, die etwa 60 Proz. der Dezemberförderung 1922 betrug. Für den übersehbaren Teil dieses Monats wird die Zählung etwa 10 Proz. höher anzunehmen sein, während der Abgang nach der Ziffer der Versandwagen geschätzt, sich nur auf etwa 40 Proz. stellen dürfte. Die Förderungsziffer für das übrige Deutschland ist bedeutend besser, doch muß man in einzelnen Teilen bedauerliche Schwankungen feststellen. Die Gesamtförderung Deutschlands an Steinkohle wird im verfloßenen Jahr auf rund 55 Millionen Tonnen (davon 40 Millionen Ruhrkohlen) anzunehmen sein, gegen-

über 130 Millionen Tonnen im Jahre 1922, 136 Millionen im Jahre 1921 und 154,3 Millionen im Jahre 1913. In diesen Ziffern prägt sich der verheerende Einfluß des Ruhrbruchs aus, der auch durch die Förderung im Braunkohlenbergbau nicht wettgemacht werden konnte. Führt man das mit 55 Millionen Tonnen Steinkohle ausgegebene Jahresergebnis mit der für das ganze Jahr errechneten Braunkohlenerzeugung von insgesamt 124,8 Millionen Tonnen zusammen, und rechnet die Braunkohle auf Steinkohle um, so ergibt sich für das Jahr 1923 abzüglich der Deputat Kohle das erschreckend geringe Ergebnis von rund 72,75 Millionen Tonnen. Unter diesen Umständen konnten die Verbraucher, vor allem der Hausbrand, nicht genügend beliefert werden. Nach Groß-Berlin z. B. das im vergangenen Jahre 140 000 Tonnen Britisches monatlich bezog, sind im Oktober nur 41 000 Tonnen geliefert worden. Der Kohlenausfall mußte durch englische Brennstoffeinfuhr ausgeglichen werden. Hauptabnehmer für englische Steinkohle war die Reichsbahnverwaltung, die ihren Bedarf nur zu einem Viertel aus deutschen Beständen decken konnte.

Will man zu einer Besserung kommen, so ist es vor allem notwendig, daß die Schichtleistung des Bergmannes wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit gebracht wird. Für den sächsischen Steinkohlenbergbau beträgt der Leistungsrückgang etwa 55,6 Proz., für den preussischen Braunkohlenbergbau rund 38,8 Proz. und für Westfälische Kohlen etwa 40,2 Proz. Eine Besserung des Förderungsergebnisses wird sich auch in der Lohnlage der Arbeiter auswirken. An eine Mehrförderung durch Abweilung neuer Steinkohlenschächte könne infolge der schwierigen Finanzlage des Bergbaues nicht gedacht werden. Im Gegensatz zu Deutschland ist sowohl in Frankreich als auch in England und Amerika eine starke Steigerung der Kohlenförderung eingetreten.

Was die Beuteabfuhr aus dem besetzten Gebiet anbelangt, so haben nach den vorliegenden französischen Meldungen vom 11. Januar bis Ende November Frankreich mit Luxemburg im ganzen 3 037 000 Tonnen und Belgien 1 219 753 Tonnen bezogen. Die programmäßigen deutschen Reparationslieferungen betragen dagegen 1922 9 977 022 Tonnen und für Belgien 2 613 740 Tonnen. Im vorigen Dezember hat Frankreich im ganzen 893 702 Tonnen aus der Ruhr herausgeholt. Daraus ergibt sich, daß die Einbruchsmächte ihren Zweck nicht erreicht haben und daß die im Poincaréschen Gelbbuch herausgerechneten 1250 Millionen Goldfranken ein Phantasiegebilde geblieben sind. Sie werden es voraussichtlich auch weiter bleiben, wenn der Geist, der aus den Wismarverträgen spricht, auch in Zukunft die Vertragsgegner beherrscht.

Die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel hat dem Ruhrbergbau eine Preisermäßigung von 17 Proz. ermöglicht. Im umschriebenen Bergbaubereich liegt der Preis noch etwa 25 bis 30 Prozent über den Friedenspreis. Preisabbau ist notwendig, um mit ausländischer Kohle wieder wettbewerbsfähig zu werden. Mit der starren Preisfestsetzung mußte infolge der Flüssigkeit und Unberechenbarkeit des Marktes zum Teil gebrochen werden.

Zu dem Bericht schloß sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache.

## Ein Verdunkelungskomplot.

Der Attentatsplan gegen Seedt.

Die Untersuchung des geplanten Attentats gegen den General v. Seedt hat ihre merkwürdigen Schicksale. Sie begann mit einem unerfreulichen Kompetenzstreit zwischen dem Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung und der preussischen Staatspolizei, und sie entwickelt sich immer mehr zu einer inneren Auseinandersetzung zwischen zwei verschiedenen politischen Richtungen. Es ist nicht leicht, bis auf den Grund dieser Auseinandersetzung zu blicken, da sie sich in höchst eigentümlichen Formen abspielt. Beschuldigungen, in geheimnisvollen Formen erhoben, wechseln mit gegenseitigen Zurücknahmen, seltsame Andeutungen werden gemacht und widerrufen.

Die eine der beiden Richtungen, die von Graefe, ist durch den Ausnahmezustand unterdrückt, während die andere, die um Claß, sich einer ziemlich weitgehenden Publizität erfreut und sie zu ihrem eigenen Schutz und zum Angriff auf die Gegenseite weidlich ausnützt. Ihre Organe sind die „Deutsche Zeitung“ und der „Berliner Lokalanzeiger“. Gerade diese Richtung steht aber als die kompromittierte da, denn sie ist es, die in diese dunkle Mordaffäre verstrickt ist.

Wie weit bei einzelnen Personen ein strafrechtlich erfassbares Verschulden vorhanden ist, läßt sich vor Abschluß der Untersuchung natürlich nicht sagen. Aber geradezu grotesk ist der Verdunkelungszug, den jene Richtung führt und grotesk sind die Mittel, die dabei zur Anwendung kommen.

So wurde von ihr zunächst die Nachricht in die Welt gesetzt, der Attentatsplan habe sich nicht nur gegen Seedt, sondern auch gegen Kahr und Lossow gerichtet. Diese Nachricht hatte offenbar den Zweck, die Spuren zu verwischen, denn die politische Grundlage des Attentatsplans war eben der Gegensatz zwischen Seedt einerseits und Kahr und Lossow andererseits — womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die Thormann und Genossen von den Münchener Hauptgegnern Seedts gedungen gewesen wären. Die Nachricht aber, daß der Attentatsplan auch gegen Kahr und Lossow gerichtet sei, diente offenbar dem Zweck, nicht merken zu lassen, woher der Wind weht.

Es kamen dann die Beschuldigungen der „Deutschen Zeitung“ und des „Lokalanzeigers“ gegen einen hohen Beamten im Reichskommissariat, der bei der Angelegenheit eine verdächtige Rolle gespielt haben soll. Ohne uns mit diesem Beamten zu identifizieren und ohne sein Verhalten, das wir im einzelnen nicht kennen, vorbehaltlos zu billigen, möchten wir auch dazu sagen, daß es sich auch hier um einen ganz offensichtlichen Versuch handelt, die ganze Angelegenheit in eine falsche Richtung zu lenken.

Inzwischen haben die beiden kooperierenden Blätter zum gleichen Zweck schon wieder eine neue Sensation entdeckt. Bei den Untersuchungsakten soll sich nämlich ein Protokoll befinden, aus dem hervorgehen soll, daß die Völkischen alldeutscher Richtung an der Vorbereitung des Rapp-Butsches im März 1920 hervorragend beteiligt gewesen seien, und dieses Protokoll soll gefälscht sein.

Der Rapp-Butsch liegt nun fast vier Jahre zurück, und kein Mensch interessiert sich heute sonderlich für die Frage, ob die Alldeutschen dabei die Hand im Spiele gehabt haben. Tatsächlich war das allerdings der Fall, wie ohne besondere Mühe nachgewiesen werden kann. Man braucht nur z. B. an die Artikelreihe „Deutscher Frühling“ erinnern, die unmittelbar nach dem Butsch in der „Deutschen Zeitung“ erschienen ist. Danach ist es also auch für die Beurteilung der historischen Frage, welchen Anteil die Alldeutschen an jenem Butsch gehabt haben, ziemlich gleichgültig, ob jenes Protokoll echt ist oder nicht.

Der „Lokal-Anzeiger“ behauptet nun aber, daß es eben jenes Protokoll sei, dessen Entdeckung die Vernehmung des Justizrats Claß zur Folge gehabt habe, und das ist eine bewusste Unwahrheit. Bei der Vernehmung des Justizrats Claß handelte es sich nicht, oder doch sicher nicht in der Hauptsache, um den Rapp-Butsch, sondern um den lebenswichtigen Plan, den General v. Seedt während seines Morgenritts zu erschließen, und die Vernehmung erfolgte nicht wegen jenes Protokolls, sondern infolge des Bestandes, das der verhaftete Dr. Grandel abgelegt hatte.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ zeigt sich hervorragend unterrichtet über alles, was seine Klienten erlitten kann, stellt sich aber ganz unwissend in allem, was sie zu belasten geeignet ist. Aber das tut er nicht immer mit Erfolg. So hat er beispielsweise gestern versehenlich zugegeben, daß Claß seit dreiviertel Jahren enge politische Beziehungen zu Grandel unterhalten hat, heute aber soll es nur ein plump gefälschtes Protokoll über einen weit zurückliegenden Vorgang sein, dem Claß das ihm zugewendete Interesse des Untersuchungsrichters verdankt.

Der Mann, der dieses neue Verdunkelungsmandoer in Szene gesetzt hat, ist offenbar kein Meister in seinem Fach. Seine Ungeschicklichkeit wundert aber keinen, der seine Vergangenheit kennt. Denn der Verfasser des Artikels im „Berliner Lokalanzeiger“ ist kein anderer als der völkisch-alldeutsche Journalist Johann Wilhelm Harnisch, der „Presseschef“ der Rapp-Regierung. Die Frage, die jüngst von der „Deutschen Zeitung“ in der gleichen Angelegenheit, aber in anderem Zusammenhang gestellt wurde, wer da „hereingelegt“ werden soll, wird nun besonders interessant. Ist nicht vielleicht das ganze Protokoll nur zu dem Zweck erfunden worden, um nachher seine

## Die Pariser Finanzdebatte.

Heute Freitag beginnt in der französischen Kammer die Beratung der von der Regierung vorgeschlagenen Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen und Ermächtigungsgesetze. Unser Pariser Berichterstatter hat den Lesern den kapitalfreundlichen und volksfeindlichen Charakter dieser Maßnahmen bereits dargestellt. Die Debatte soll 5 bis 7 Sitzungen füllen. Poincaré will jede Vorlage durch Stellung der Vertrauensfrage durchpeitschen. Aus der Oppositionspresse kann man auf einen ziemlich scharfen Ton der Aussprache schließen. Da wird ausgeführt, Poincaré habe seit dem 14. Januar überstürzte Maßnahmen versucht, weil vom 12. bis 14. Januar das Pfund Sterling um 5 Frank gestiegen sei, aber in den zwei Jahren seiner Amtstätigkeit sei das Pfund Sterling insgesamt um 40 Frank gestiegen und Poincaré habe dagegen nichts getan. Zwei Jahre der Untätigkeit und einige Stunden der Tätigkeit, meint Lardieu, sei die ganze Tätigkeit der Regierung Poincaré in der Währungsfrage.

Poincaré empfing gestern Donnerstag nachmittag die Führer der republikanischen Partei von der Mittelgruppe der Kammer. Sie hoben hervor, daß es notwendig sei, daß die Regierung die Mehrheit enger um sich sammle. Der Ministerpräsident antwortete, er habe die Absicht, einen eindringlichen Appell an seine Mehrheit zu richten.

## Deutschland soll in den Völkerbund!

Eine Rede Lord Grens.

London, 25. Januar. (W.Z.) Lord Gren erklärte gestern in einer Wahlversammlung zugunsten des liberalen Kandidaten für London City, Bell, er habe keine Bedenken bezüglich der Arbeiterregierung. Die liberale Partei könne sie einfach stützen, indem sie wegbleibe und sich nicht an einer Abstimmung beteilige. Diese Erwägung gebe volle Klarheit über die Sachlage.

Lord Gren führte weiter aus, wenn der Friede aufrechterhalten werden sollte, so müßten sich die Völker sicher fühlen. Sie glaubten früher, daß sie sich durch große Rüstungen sichern könnten. Die Bergangenheit lehre, daß dies nicht der Fall sei, sondern eine gefährliche Lage erzeuge, die zum Kriege führe. Frankreich versucht jetzt, Sicherungen zu erhalten, indem es sich auf seine eigenen Rüstungen verlasse und andere Nationen bemerke, von denen es Bestand erhoffe. Dies sei die alte Politik, die stets gescheitert sei. Er glaube nicht, daß das englische Volk sich auf separate Verträge einlassen werde, die es dazu verpflichteten, Krieg unter Umständen zu führen, die es nicht voraussehen könne.

Das beste sei, daß Deutschland veranlaßt werde, die Völkerbundlösung zu unterstützen.

Dann glaube er, könnte England zu der Stellung gelangen, daß, wenn Frankreich und Deutschland beide die Völkerbundlösung ver-

lechten, es nicht mit irgendeinem von ihnen zu tun haben werde. Wenn aber eine der Mächte die Lösung verweigere, die andere zu ihr stehe, dann würde England eine Aktion unternehmen, nicht für die Unterstützung eines Landes gegen das andere, sondern zugunsten der Unterstützung der Völkerbundlösung und des Landes, das zu ihr stehe. Auf diese Weise würde man für jede Nation, die die Lösung unterzeichnet habe, die gleiche Sicherheit erhalten. Dies sei der einzige Weg, auf dem man wirkliche Sicherheit erhalten könnte.

## Die „unsichtbare“ Besetzung.

1564 Wohnungen in Essen angefordert.

Essen, 25. Januar. (W.Z.) Im Gegensatz zu den bisherigen französischen Meldungen über eine Verminderung der Truppen im Ruhrgebiet und über eine Unsichtbarmachung der Besetzung sind heute von der französischen Besetzungsbehörde der Stadtverwaltung Essen neue schwere Einquartierungslasten auferlegt worden. Nachdem bereits vor mehreren Tagen 980 Wohnungen für Beamte und Offiziere angefordert worden waren, sind heute nochmals 584 Wohnungen für Unteroffiziere angefordert worden, und zwar 318 Wohnungen für Unteroffiziere mit Familien und 266 Wohnungen für ledige Unteroffiziere. Für Unteroffiziere mit Familie werden 113 Zweizimmerwohnungen, 179 Dreizimmerwohnungen und 26 Vierzimmerwohnungen verlangt. Belegt werden die Stadtteile Rütterscheid, Holtzerhausen und die Altstadt Essen. Die Reuanforderung von insgesamt 1564 Wohnungen wird für die ohnehin sehr schwierigen Wohnungsverhältnisse der Arbeiterstadt Essen katastrophale Folgen haben.

## Der Achtstundentag in Belgien.

Abbau wie in Deutschland.

Brüssel, 25. Januar. (So.) In der Kammer wurde beraten, ob der Vorschlag A. Devoë über die Anwendung des Achtstundentags in Erwägung zu ziehen sei. Vandervelde erklärte, daß die sozialistische Partei mit der letzten Energie diesen Vorschlag bekämpfen werde, der ein direkter Angriff gegen die von der Arbeiterklasse erworbenen Rechte sei. Im Namen der christlichen Demokraten schloß sich Hymans dieser Erklärung an. Devoë betonte, daß es niemals in seiner Absicht gelegen habe, den Achtstundentag grundsätzlich zu bekämpfen, sondern daß er einfach die Befreiung von 1921 den nationalen Notwendigkeiten anpassen wolle. Es wurde beschlossen, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

Der deutschösterreichische Offiziersbund in München hatte für Sonntagabend zu einer großen öffentlichen Reichsgründungsfeier eingeladen. Die Feier wurde vom Generalsstaatskommissar verboten.

Unschuld zu enthüllen und sich als verfolgte Unschuld präsentieren zu können?

Jedenfalls ist es Zeit, daß diesem Verdunkelungs-Komplotz ein Ende gemacht wird. Der Rattenkönig von Lüge und Intrigue, Denunziation, Spionage und Gegen-Spionage, der sich hier um einen politischen Kriminalfall entwickelt hat, muß mit rücksichtsloser Hand entwirrt werden. Wir wiederholen unsere Forderung: Die Behörden müssen sagen, was sie wissen!

Unserem Wunsch, mehr Licht über die dunkle Angelegenheit zu verbreiten, wird teilweise durch eine W.B.-Meldung entgegengekommen, die uns unmittelbar vor Redaktionsschluss zugeht. Sie lautet:

Zu dem im „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 25. Januar (Morgenausgabe) gebrachten Artikel „Das Protokoll des Bundes“ wird von amtlicher Seite erklärt: Das Protokoll, über das bereits die „Deutsche Zeitung“ eine Notiz gebracht hat und dessen angeblicher Inhalt im „Berliner Lokal-Anzeiger“ namentlich ausführlich wiedergegeben wird, ist beim Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung bisher überhaupt nicht bekannt geworden. (!) Die Behauptung, daß Herr Justizrat Claß vom Alldeutschen Verband wegen dieses Protokolls vor das Reichskommissariat zitiert worden sei, ist unrichtig. Herr Justizrat Claß ist überhaupt nicht vor das Reichskommissariat geladen worden, er ist vielmehr von dem Untersuchungsrichter in der Strafsache gegen Thormann und Genossen vernommen worden, und zwar nicht auf Veranlassung des Reichskommissars, sondern auf Grund einer sehr detaillierten, vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussage des verhafteten Dr. Grandel aus Augsburg. Grandel bezichtigte Justizrat Claß der Anstiftung zur Ermordung des Generals v. Seckl und der Beteiligung an einem an diese Tat geknüpften Umsturzplan.

Bisher haben weder das mysteriöse Protokoll noch überhaupt die Vorgänge vor und während des Rapp-Putsch bei der schwebenden Untersuchung eine Rolle gespielt.

Damit wäre also eine Masche des Verdunkelungs-Komplots zerrissen. Nachdem aber offenbar geworden ist, daß der geiständige Dr. Grandel den Justizrat Claß der Mitschuld bezichtigt hat, erhebt sich die Frage, auf Grund welchen Materials sich die Behörde so vollständig von der Unschuld des Herrn Claß überzeugte, daß sie auf seine Festnahme verzichtete.

## Wahlrechtsmacheleien.

### Phantasien der Deutschnationalen.

Seit einigen Tagen ist in den Blättern verächtlich oft von der Absicht des Innenministers die Rede, das Wahlrecht zum Reichstage nach vor den allgemeinen Neuwahlen zu ändern. So unumgänglich es erscheint, könnte man fast zu der Vermutung kommen, daß nach den Erfolgen Emmingers auch der deutsch-national angehauchte Volksparteiler Torras die Möglichkeit erwägt, eine solche Wahlrechtsreform durch Ausnahmeverordnung einzuführen. Der Gedanke, der den Plänen zugrunde liegt, ist einmal die Herabsetzung der Abgeordnetenzahl, wogegen sich jedoch wenig sagen läßt, zum anderen aber die Wiedereinführung des Einmann-Wahlkreises, wie er vor der Revolution bestand. Merkwürdigerweise haben sich für diesen Einmannkreis besonders die demokratische Blätter, wie das „B.L.“, ins Zeug gelegt, während sie doch wissen müßten, daß eine solche „Reform“ so, wie sie hier gemeint ist, ihren reaktionären Pferdefuß hat.

Wer daran zweifelte, den wird hoffentlich die Haltung der Scherzacherpresse davon überzeugen. Der Scherzacher-Jugendbergische „Tag“ bringt heute die Mitteilung, daß der Wahlgesetzentwurf infolge „Widerspruchs der Parteileitung“ zurückgezogen worden sei. Er behauptet, es hätten im Innenministerium Besprechungen mit den Vertretern der Parteien stattgefunden und dabei wären zunächst diejenigen der sozialdemokratischen Partei empfangen worden, die sich aufs schärfste gegen eine Änderung des Wahlgesetzes vor den neuen Reichstagswahlen ausgesprochen, und zwar aus dem sehr naheliegenden Grunde, weil eine Änderung des Wahlgesetzes die gesamte sozia-

listische und freigewerkschaftliche Organisation, die beste Grundlage für die Wahlpropaganda der Sozialdemokratie auf der Basis der jetzigen Listen- und Proporzwahl, unproduktiv machen würde.

Später hätten sich allerdings auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien mit so erheblichen Bedenken gegen den Entwurf gemeldet, daß der Minister ihn nunmehr zurückgestellt habe.

Der „Tag“ kündigt sogar eine Volksbewegung an, die einen Volksentscheid über die Veränderung des Wahlrechts herbeiführen werde.

Die ganze Mitteilung des „Tag“ beruht auf einem aufgesetzten Schwindel. Solche Besprechungen mit dem Reichsinnenministerium haben überhaupt nicht stattgefunden, wenigstens nicht soweit die Sozialdemokratische Partei in Frage kommt. Was darüber zusammengeredet wird, ist also blanke Unsinns-Läuferei. Tatsache ist jedoch, daß im Reichsausschuss des Reichstages über die Möglichkeit gesprochen ist, nach vor den Neuwahlen eine Änderung des Wahlgesetzes herbeizuführen. Dort haben sich aber gerade die Deutschnationalen gegen eine solche Veränderung mit der Begründung ausgesprochen, daß in zahlreichen Wahlkreisen schon die Auffüllung der Kandidaten erfolgt sei und daß es infolgedessen unmöglich sein würde, jetzt noch den ganzen Apparat umzustellen. Von dieser Stellungnahme seiner Parteifreunde schweigt der deutschnationalen „Tag“ aus begrifflichen Gründen. Augenscheinlich will er durch die Ankündigung, daß ein Volksentscheid vorbereitet werde, gewisse Kräfte im Ministerium zu einem Gewaltstreich veranlassen. Es wird interessant sein zu beobachten, wie weit diese Einwirkung Erfolg hat.

## Der Hinkemannskandal.

### Dresden unter völkischem Terror.

Dresden, 25. Januar. (W.B.) Der sächsische Landtag nahm heute den Entwurf über den Personalabbau an.

Darauf erklärte der Kultusminister zu den verschiedenen an ihn ergangenen Anfragen betreffend die Ausführung von Toller „Hinkemann“ im Staatstheater, es könne nicht die Aufgabe des Landtages sein, durch Mehrheitsbeschluß zu entscheiden, ob ein Bühnenstück literarischen Wert habe. Hierfür komme der künstlerische Beirat der Staatstheater in Frage. Man könne nicht behaupten, daß die Annahme des Stückes „Hinkemann“ zur Ausführung im Theater aus politischen Gründen geschehen sei. Als dem Volksbildungsministerium mitgeteilt wurde, daß die Ausführung auf den 18. Januar, den Tag der Reichsgründung, gelegt worden sei, habe allerdings das Ministerium bei der Generalintendanz durchgesetzt, daß der Tag der Ausführung verlegt werde. Nach dem Stand der Erstaufführung habe das Ministerium versucht, eine Wiederholung unter gewissen Sicherungen möglich zu machen. Durch zahlreiche Drohbriefe an das Ministerium wie auch an das Staatstheater und insbesondere an die Hauptdarsteller des „Hinkemann“ habe man sich jedoch veranlassen gesehen, von einer Wiederholung der Aufführung abzusehen, da die Darsteller sich wegen der Drohbriefe geweigert hätten, bei der Aufführung des Stückes mitzuwirken. Das Ministerium habe diese Schauspieler darauf aufmerksam gemacht, daß durch eine Absage des Stückes das Ministerium politisch sehr belastet werden könnte. Es sei aber festgestellt worden, daß kein Bühnenschiedsgericht der Welt einen Schauspieler zum Spielen veranlassen könne, der sich dabei in seiner persönlichen Sicherheit bedroht fühle. Aus diesem Grunde sei die weitere Ausführung des „Hinkemann“ gescheitert. Das Volksbildungsministerium lehne es aber ab, den Schauspieler Paul Wiede zu entlassen, wie dies gefordert werde; auch denke das Ministerium nicht daran, ein Spielverbot gegen das Bühnenstück zu erlassen.

## Der Abbau-Auswurf.

Im Sporausschuß des Reichstages wurde vom Vertreter des Reichsministeriums des Innern im Rahmen einer ausführlichen Darstellung der Abbaumaßnahmen bekanntgegeben, daß im gesamten Geschäftsbereich des Reichsministeriums des Innern der Personalbestand an Beamten und Angestellten bis 31. Januar um 23 Proz. vermindert sein wird. Ein Vertreter des Reichsministeriums des Innern teilte alsdann mit, daß auch dieses Ministerium einschließlich der ihm nachgeordneten biologischen Reichs-

anstalt den vorgeschriebenen Abbau durchführe. Bei Behandlung des Abbaues im Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums kam zur Sprache, ob bei der jetzigen Finanznot des Reiches die Einrichtung des Reichswirtschaftsrates in dem Umfang beibehalten werden soll wie bisher.

Von der Reichsregierung wurde darauf hingewiesen, daß bereits in der Organisation des Reichswirtschaftsrates erhebliche Ersparnisse durchgeführt werden konnten. So erhalten jetzt von 332 Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates nur noch die Ausschußmitglieder — an Zahl 94 — Freizeittarife. Vollhörungen finden zunächst überhaupt nicht mehr statt, sondern die ganze Arbeit des Reichswirtschaftsrates wird in den Ausschüssen geleistet. In der Regel sollen nur solche wirtschaftliche Fragen diskutiert werden, deren Erörterung die Reichsregierung ein besonderes Interesse hat.

Bei Besprechung der anderen dem Reichswirtschaftsministerium nachgeordneten Stellen erludie der Ausschuß die Reichsregierung, mit kurzer Frist des Reichskommissariats für die Rohlenverteilung nebst den zugehörigen Organisationen, den Eisenwirtschaftsbund, den Metallwirtschaftsbund und sämtliche noch vorhandene Außenhandelsstellen zu bekräftigen.

Beim Personal des Rechnungshofes sind von 267 Beamten seit 1. April 1923 bis 31. Januar 1924 insgesamt 30 Beamte ausgeschieden. Beim Reichsministerium für Wiederaufbau wird der Personalstand vom 1. Oktober 1923 bis 31. Januar 1924 um 23 Prozent vermindert sein. Darüber hinaus beschloß der Ausschuß, die Reichsregierung zu eruchen, daß das Reichsministerium für den Wiederaufbau am 1. April 1924 aufgelöst werden soll. Bei Besprechung des Abbaues beim Reichsausschussamt wurde aus der Mitte des Ausschusses der Wunsch geäußert, daß die Reichsregierung ziffernmäßig die gewolligen Kosten bekanntgeben solle, die aus dem Ausweichverfahren dem deutschen Reichshaushaltplan erwachsen — nach den weiteren Angaben der Regierung hat das Reichsarbeitsministerium bis zum 31. Dezember 1923 insgesamt 14 Prozent seines Personals abgebaut. Bei den dem Reichsarbeitsministerium nachgeordneten Versorgungsbehörden betrug der Abbau zum gleichen Zeitpunkt 15 Prozent, beim Reichspensionsamt 17 Prozent, beim Reichsverorgungsamt 22 Prozent, beim Reichsverwaltungsgericht 13 Prozent, bei den Reichsarbeitsverwaltungen 14 Prozent, bei den Versorgungsstellen für Beamte 23 Prozent des Bestandes an Beamten, Angestellten und Arbeitern am 1. Oktober 1923. In Anbetracht der überaus schwierigen Finanzlage des Reiches erschien dieser Abbau im Geschäftsbereich des Reichsarbeitsministeriums dem Sporausschuß als nicht genügend.

Der Personalstand des Auswärtigen Amtes wurde um 320 Köpfe vermindert, was gegenüber dem Bestande vom 1. Oktober 1923 einen Abgang von 18,2 Prozent bedeutet. Hierzu ist die Zahl der Beamten nicht gerechnet worden, die an die im Jahre 1923 neu errichteten Behörden entsandt worden sind, ohne daß in der Zentrale Reinstellungen stattgefunden haben, ebenso ist der Abbau unberücksichtigt geblieben, der vor Erlass der Personalabbauperordnung stattgefunden hat. Besonders wertvoll ist auf den Abbau im Ausland geachtet worden, weil dort die größten finanziellen Ersparnisse zu machen waren. Der Abbau ist noch nicht ganz abgeschlossen.

## Der Lokomotivführerstreik geht weiter.

London 25. Januar. (Eigener Drohbericht.) Die gestern aufgetauchten Hoffnungen auf eine Regelung des Lokomotivführerstreiks sind vergeblich gewesen. Eine Aussprache fand zwischen den Gewerkschaften und dem Streikemätee statt, doch schiederten die Verhandlungen an der Erklärung der Direktoren, daß sie nicht bereit seien, den Schiedspruch des Lokomaten zum Gegenstand einer Diskussion zu machen. MacDonald hat den Arbeitsminister Tom Shaw ersucht, Informationen über den Stand der Dinge eingeholen, um das Kabinett zu unterrichten. Die Mitglieder des Generalrats der Gewerkschaften blieben in London verformelt, um jederzeit als „Vertreter“ eingreifen zu können.

Das stolze Rumänien. Eine Berliner Korrespondenz glaubt zu wissen, daß Rumänien auf den feineren beantragten Kredit von 100 Millionen Franken im Augenblick verzichtet habe. — Rumänien steht vor einer Verständigung mit Rußland und will sich vielleicht nicht zu fest verstellen.

Ein Auslieferungsovertrag mit Russen begegnet im deutsch-österreichischen Reichsrat dem schärfsten Widerstand unserer Genossen, für die Dr. Ellenbogen erklärte, der Vertrag dürfe nicht beschloffen werden.

## Die zweite Hand.

Von Hans Bauer.

Gestern las ich im Warenbericht einer Handelszeitung: Bahia auf Abladung unverändert 38/6—39 sh cit und fr. Steamers 31.25, raff in Tierces und Standardys 32.50—33.

Das war mir natürlich unverständlich und wird es mit Vermutlich ewig bleiben. Es interessiert mich eigentlich auch gar nicht, zu erfahren, was raff in Tierces bedeuten möge. Es ist mir dies zu mühsam und zu profan. Aber plötzlich schob sich in dieses Sammelkorn von Zahlen und geschäftlichen Abkürzungen ein Satz ein, der meine Phantasie aufs äußerste beflügelte: „Die zweite Hand“, las ich, „ist immer noch mit dringenden Abgaben an Inlandsmehl im Markt.“

Die zweite Hand: Ich sah sie lebhaftig im Markt sich bewegen und Wehl, Mehl, waggonweise Mehl aus ihren Fingern niederregnen. Soviel Mehl, daß alle Welt im Mehl erstickt.

Es ist etwas Geheimnisvolles um diese zweite Hand, die an die schwarze Hand erinnert. Sie ist keine offizielle Instanz, die eine normale Funktion verrichtet. Es weiß keiner um sie, solange sie in ihrer Verborgenheit blüht. Aber plötzlich bricht sie hervor und „ist im Markt.“

Als die deutschen Mütter wochenlang vor den Kaufläden vergeblich nach einem einzigen Bierleibchen Mehl fanden, war die zweite Hand wohl auch vorher „im Markt gewesen“. Damals mit dringenden Aufnahmen. Heute hat sie ihre Sorgen und gibt dringend ab. Vielleicht, daß ihr die Würmer ins Mehl zu kommen drohen, vielleicht, daß Fälligkeitstermine von Wechseln vor der Tür stehen, vielleicht, daß sie mit weiteren Preisrückgängen rechnen. Jemand solch eine Tragik sieht der zweiten Hand wohl im Genick (wenn man so sagen darf).

Wir dürfen ihrem oft bewährten Genie aber wohl vertrauen, daß sie die nützliche Periode überwindet. Die Körner auf dem Felde wachsen doch schließlich nicht, um der zweiten Hand Ungelegenheiten zu verursachen, sondern daß diese an ihnen verdient. Und gar wir Konsumenten: ist unser Daseinszweck nicht auch der, aus der zweiten Hand in den Mund zu leben, damit jene alle Annehmlichkeiten dieser Erde aus erster Hand beziele?

## Philosophieren und Fliegenfangen.

Ein Philosoph wurde von der Welle der Entwertung im Jahre der Inflation an das Ufer einer Bank geworfen. Hier mußte er als Ankeranker mit Gefahr tätiger Liebestunden arbeiten. Dies gefiel ihm nicht; denn er hätte gern in den Ruhestunden weiter philosophiert. Doch sein Ober tröstete ihn: „Nur Mut. Bald wird mit der Deflation die große Rubenpause für die Banken. Dann ist wieder Zeit da für Fliegenfangen oder für Philosophieren.“

Wie ist der Gedankengang des Finanzmannes? Auf eine logische Formel gebracht, offenbar so: Mit Philosophieren verdient man kein Geld, mit Fliegenfangen verdient man kein Geld, also ist Philosophieren daselbe wie Fliegenfangen. Jedoch: Ex mere negativis nihil sequitur. Zu deutsch: Aus rein verneinenden Vorderfragen läßt sich kein Schluß ziehen, also auch nicht dieser. Und auch ein Bankdirektor kann wohl den Dollar, aber nicht die Logik meistern. Wenn der Schluß richtig wäre, könnte man ja auch schlussfolgern: Ein Bankdirektor ist kein Gott, ein Banauale ist kein Gott. Also ist ein Bankdirektor ein Banauale. Menschliche Logik widerlegt also die These des Bankdirektors.

Aber auch die Fliege protestiert im Namen ihrer Logik gegen den obigen Schluß. Denn sie argumentiert: Philosophieren krümmt keiner Fliege ein Haar. Fliegenfangen aber krümmt einer Fliege ein Haar. Folglich kann Philosophieren nicht gleich Fliegenfangen sein. Ueberhaupt steht Fliegenfangen doch über dem Philosophieren, denn es fehlt die Welt, wenn auch bloß die der Fliege, in reale Bewegung. Philosophieren aber nicht. Und man sieht, daß der Philosoph ein Flügelwunder ist, der noch hinter dem Fliegenfänger zurückbleibt. Es ist also zu wünschen, daß der mühsam angelegte Philosoph noch recht lange an die Arbeit in der Bank gesetzt bleibt, die keinem Flügelwundern Dasein erst den Wert realer Wirksamkeit und wirksamer Realität verleiht. Ernst Moritz Häufig.

Schlechter Abend der Novembergruppe. Saal des Bog-Hauses. Gedränge an der schlecht bedienten Garderobe — überfüllter Portierraum — selbst die Korridore sind dicht besetzt. — Stefan Wolpe spielt seine „Studien für Klavier“ op. 16. — Deckt er auf, studiert er, was nicht klingt? — Will er Offenbar sein? Höchst bedenkliche, krankhafte Drücker, hoffnungslose hysterie. — Wie danach Philipp Jarnach „Gefänge“ op. 15 aufleuchten! Erfüllt, reich gefüllt, sicher gefüllt, phantastisch! Welch ein Gegensatz zur mageren Muse Wolpes! — Daß die Legie zu den Gefängen auf dem Programm fehlten, ist ein unverzeihliches Unterlassen zum Schaden des Komponisten, zumal der Bog-Saal, insbesondere bei großen Stimmen, wie die Wilhelm Guittmann, zur Verwirklichung der Deutlichkeit neigt. Guittmann sang diese Lieber unübertrefflich, der Komponist spielte den, zuweilen von Lieberleitung der Unterhaltung nicht ganz freien, schwierigen Klavierpart der Begleitung in poetischer Einfühlung mustaltlich und ohne Gespreiztheit. — Sturm und Drang sind Martin Kessels Dichtungen, die er auswendig und mit Temperament sprach: viel packender Rhythmus, seltene Schilderung, Erlebnis zwischen unsterblichem, Suchendem, Erstrebtem, aber überall Talent und eine leidenschaftliche Seele. Kurt Weills Streichquartett op. 8, gespielt vom Roth-Quartett (Roth, Sturmfeld, Spitz, Franke) — beschließt den Abend. Begabung für gesperrten Witz, im großen und ganzen frühreif, ohne die überzeugende Ursprünglichkeit, z. B. Hindemiths, dem man gern durch die dünn nachspringt. Bei Weill vermisse ich ursprüngliche Lebenskraft. Der Mangel wird von ihm durch Selbstreizerei zu ersetzen gesucht. Daran scheitert z. B. völlig der letzte Satz: „Choral-Phantasie“. Die

Flügel seiner Phantasie stützt ihm der Wunsch, um jeden Preis und zu jeder Zeit Ungewöhnliches zu sagen. Das ermüdet ihn und den Hörer.

Der schlagfertige Lenin. Alle Schilderungen der Verbältnisse des verstorbenen Lenins sind sich darin einig, daß er ein glänzender Redner war, der einen großen Teil seiner Erfolge der hinreißenden Wirkung seiner Ansprachen und seiner nie verlogenden Geistesgegenwart in der Diskussion verdankte. „Eine Rede Lenins wucht aus wenigen Gesichtspunkten auf“, erzählt Henri Guilbeaux. „Diese entwickelt er mit Hilfe klarer einfacher Sätze, die zu beenden er sich nicht einmal immer die Mühe nimmt. Er wiederholt denselben Gedanken in den verschiedensten Formen und hört nicht eher auf, als bis er seine Gegner überzeugt hat. Er spürt keinen Redefuß mit volkstümlichen Redensarten, mit temperamentsvollen Ausdrücken und Witworten, löst das zwischen schallend, ist stets beweglich, geht auf und ab, auf die Knie, schiebt die Hand in die Hosentasche oder Rocktasche. Wüthend nimmt er dann seine Luft zu den besten und größtenteils Ausdrücken, um sich auf diese Weise bei dem Publikum verständlicher zu machen.“ Bei dem unerschöpflichen Redefleiß der Russen und ihrer Diskussionslust hatte Lenin oft einen schweren Stand. Die Abgeordneten der verschiedensten Gewerkschaften und Vereine kamen zu ihm und teilten ihm die unangenehmsten Fragen. Lenin aber ließ sich niemals aus der Ruhe bringen; er ging mit den Volkswemlern so sicher und geschickt um, wie ein Schuhmacher mit einer Kasse seiner Jungen“. Da tut z. B. ein Abgeordneter eine ganz unumwundene Frage über das Recht der Selbstbestimmung, und wie ein Blitz kommt die Antwort aus Lenins Munde: „Ein Mann kann in einer Minute mehr fragen, als 2x10 Welle in einem Jahr antworten können“. Und die Volkswemler sind über diese grobe Abfertigung nicht etwa entrüstet, sondern sie lachen laut und kaischen Beifall, wie Schuljungen bei einem Zauberkunststück.

Berliner Theatererfolge. Im Vesting-Theater hat Bronnowskis Neueinstudierung von „Was Ihr wollt“ bereits die 25. Aufführung erreicht. Sie verdient — wie einst bei Reinhardt der „Sommerabend“ — die 100. und 200. Das Spiel ist ganz auf Fröhlichkeit und Luststimmung gestellt. Inszenierung, Ausstattung (denkbar einfach und voll farbiger Wunder zugleich), Darstellung sind in schönster Harmonie. — Ein Jubiläum beging auch das Lustspielhaus mit Kammers „Knecht Ruprecht“. Den literarischen Wert dieses „Volkstückes“ wird man gewiß nicht allzu hoch einschätzen, aber die auf Tempo haltende avarie Revue Viertel und die schmissigen Leistungen der Darsteller sind höchst lebenswert.

Die Erstaufführung von Walter v. Niels „Die Leuchte“ im Staatstheater Schloß-Theater kann wegen technischer Schwierigkeiten erst am Dienstag, den 29. d. M., präzis 8 Uhr, stattfinden.

Das Defenestrationen des belannten Theaters des Reichstages wird in nächster Zeit auf dem Platz vor der Holan-Kathedrale in Petersburg aufgeführt werden. Der Entwurf stammt von dem Bildhauer Ginzburg. Das Monument soll Webanow als Redner vor dem Umarmen von Arbeitern mit Löwen und Revolutionärsfiguren. Auf dem Sockel wird in einer Hochrelief die Handlung des Webanows die Anstiftung stehen: „Die Revolution kann in Rußland nur in der Form der Arbeiterregierung liegen“.

# Schwere Explosion im Leuna-Werk.

Sechs Tote, viele Schwerverletzte.

Das Leuna-Werk, jene große Fabrikstadt südlich von Halle, die mit ihren Bädern von Schornsteinen in dunkle Wolken von Dampf und giftigen Dämpfen steigt, ist wieder einmal der Schauplatz einer furchtbaren Katastrophe geworden. Sechs Tote und zahlreiche Verletzte liegen niedergestreckt von der Gewalt chemischer Kräfte, die vom Zwange menschlicher Technik befreit, ihre Gewalten ausstoben. Im Bau 106 des Ammoniakwerkes, das an der großen Straße, die mitten durch die Fabrikstadt hindurchführt, liegt, lag ein Kompressor, der ein Uebermaß von Kohlenäure enthielt, in die Luft. Die Kartenhäuser trümmten die Wände der umliegenden Gebäude zusammen. Ein Trümmerfeld, ein Gemir von Eisenteilen und zu Tode verwundete Menschen war der Rest. Die Kontrollapparate hatten die Menschen gewarnt. Sie zeigten bereits am Tage vorher 5 Proz. Kohlenäure an, während 3 Proz. nur zulässig sind. Aber die Verantwortlichen, die in dieser Höhe befehlen, sind gegen Gefahren gleichgültig geworden. Nicht die chemische Mischung ist falsch, lagten sie, sondern die Apparate sind in Unordnung gekommen. Die mechanischen Wächter, die Kontrollapparate, aber hatten nicht gelogen. Ihre warnende Stimme war ungehört verhallt und Arbeiter müssen mit ihrem Leben diese Unterlassung, die ein Verbrechen ist, büßen. Ueber die Katastrophe unterrichten noch folgende Meldungen:

Im Leuna-Werk erfolgte gestern vormittag im Laboratorium der Abteilung für Wasserstoffabfuhr eine große Explosion, durch die gewaltiger Sachschaden angerichtet und die Abteilung lahmgelegt wurde. Auch die umliegenden Gebäude sind durch Reigen der Wände um stark beschädigt. Abgegeben von den zahllosen zertrümmerten Fensterscheiben in der weiteren Umgebung wurden zwei Personen auf der Straße getötet, 12 wurden sehr schwer verletzt. Von diesen sind inzwischen einige gestorben. Die Zahl der leichter Verletzten ist groß. — Eine spätere Meldung besagt, daß von den bei dem Leuna-Werk schwer Verletzten Personen inzwischen vier gestorben sind, so daß die Zahl der Toten nunmehr sechs beträgt.

Aus Lüneburg wird gemeldet, daß auf der Ueberlandzentrale ein eingemauertes Bormärkchen mit so furchtbarer Gewalt explodiert, daß drei starke Grundmauern durchgeschlagen und mehrere Fenster herausgerissen wurden. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei weitere Personen wurden schwer verletzt.

## Durch die Wand.

Beutezüge von Einbrecherbanden.

Eine Schmalzfabrik in Lichtenberg war wiederholt bestohlen worden und hatte daher umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen, daß man glaubte, keine Einbrecher mehr fürchten zu müssen. Um so größer war die Ueberraschung, als eines Morgens nicht weniger als 62 Kisten Schmalz über Nacht verschwunden waren. Jetzt ist der Diebstahl restlos aufgeklärt worden.

Ein früherer Kaufmann Max Rehberg brach mit einer vier Mann starken Kolonne von einem Nebenwege durch die Wand. Zwei Mann wurden dann an einem Seil mehrere Stockwerke tief hinuntergelassen und kletterten durch ein Fenster ein. Sie schafften die vollen Kisten heron, ihre Kollegen zogen sie empor und brachten sie auf dem Wege, auf dem sie gekommen waren, ins Freie. Die Wände verstaubte die große Beute zunächst auf einem Laubengelände unter einer Schneedecke. Als sie am nächsten Tage dabei war, die Fässer wieder auszugraben, um sie mit einem Wagen abzuführen, kam ein gewisser Ritter dazu, das Haupt einer vierköpfigen Einbrecherbande. Er erkannte sofort die Lage und schlug vor, ihm und seine Leute in das Geschäft mit aufzunehmen. Rehberg jedoch fand Ritter mit einer Kiste ab, und dieser schloß sich auch damit begnügen zu lassen. In Wirklichkeit beschloß er, jetzt selbständig vorzugehen. Er war mit seiner Kolonne auch schon eifrig an der Raubarbeit, als Rehberg mit seinen Leuten zu einem zweiten Beutezug erschien. Jetzt mochten die beiden Kolonnen doch gemeinsame Sache und schafften einen Wagen voll Beute zu einer Wäldchenhand in der Rigowstraße. Die Kriminalpolizei kam der Bande auf die Spur, nahm einige Mitglieder fest, als sie ein paar Fässer aus dem Bestick zum Verkauf abholen wollten, und beschlagnahmte das Lager. Nach und nach wurden auch die übrigen ermittelt und verhaftet bis auf Rehberg, Ritter und einen gewissen Blöb, einen Unterführer. Diese drei beschloßen, als sie von dem Richter über ihre Beute hörten, Berlin zu verlassen und sich nach Danzig in Sicherheit zu bringen. Das Reichsgeld beschloß Rehberg durch einen Einbruch bei seinen Eltern. Unter dessen hielten sich die drei mit der Geliebten Rehbergs in einem Unterschlupf in der Mulackstraße verborgen. Hier hatten sie gerade ihre Koffer zur Abreise gepackt, als Kriminalbeamte sie überrollten und festnahmen. Die beiden Banden haben noch viele andere Einbrüche im Osten Groß-Berlins auf dem Reckholz.

## Nachhaft gegen einen früheren Gerichtsoffizier?

Den geheimnisvollen Tod eines Berliner Ingenieurs versucht die Kriminalpolizei aufzuklären. Am 2. d. M. wurde auf der Jechower Feldmark bei Landsberg an der Warthe ein unbekannter Mann bewußlos aufgefunden. Er starb bald, ohne die Bestimmung wiederlangt zu haben. Weil keinerlei Anhalt für ein Verbrechen vorlag, wurde der Tote als unbekannt beerdigt. Jetzt ist es gelungen, seine Persönlichkeit festzustellen. Es handelt sich um einen 30 Jahre alten Kaufmann und Ingenieur Herbert Lüdbeck, der mit seiner Frau in der Bendlerstr. 3 wohnte. Lüdbeck war bis Ende vorigen Jahres Ingenieur bei der Landwirtsch.-Aktiengesellschaft. Mit Beginn des neuen Jahres sollte er Mitdirektor der Mitteldeutschen Landwirtsch.-Aktiengesellschaft in Wagbeurg werden. Am 1. Januar geleitete er seine Frau von der Wohnung nach dem Bahnhof. Sie fuhr allein nach Halle. Beim Abschied äußerte Lüdbeck, daß er noch am selben Nachmittag seine neue Stellung in Wagbeurg antreten werde. Drei ist er aber nicht mehr erschienen. Es ist noch ganz unklar, wie der Mann auf die Jechower Feldmark gekommen ist. Wenn der ersten Annahme entgegen doch ein Verbrechen vorliegen sollte, so rechnet man mit einem Nachhaft, um so mehr, als alle Verhältnisse bei dem Tode gefunden wurden. Lüdbeck war im Arzenei-Gerichtsoffizier. Es ist möglich, daß er sich durch keine Tätigkeit in dieser Stellung eine Feindschaft ausgesprochen hat, die ihm jetzt verhängnisvoll geworden ist. Zur Aufklärung ist es wichtig, festzustellen, wo sich der Mann nach dem Abschied von seiner Frau am 1. Januar morgens, den Tag über, die folgende Nacht und am nächsten Tage noch aufgehalten hat. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Gennat im Zimmer 106 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Der Nürnberger Reichsjugendtag im Film.

Der Verein „Sozialistische Arbeiterjugend“, Groß-Berlin, bringt am Sonntag, den 27. Januar, den Film „Der Reichsjugendtag der Arbeiterjugend in Nürnberg“ für Berlin zur Aufführung. Die Bildstreifen zeigen sämtliche Vorgesandten und Kundgebungen dieser internationalen Zusammenkunft der arbeitenden Jugend. Mancher interessante Moment ist filmisch festgehalten und so wird der Besuch dieser Vorgesandten vorausschicklich starke Eindrücke vermitteln. Diejenigen, die die Nürnberger Tage nicht mitmachen durften, können jetzt wenigstens dabei sein. Der Film gelangt am Sonntag an folgenden Stellen zur Vorführung: Vormittags 10 Uhr im Theater, N 38, Kollaniens-Allee 7/8; vorm. 11 Uhr in der Jugendbühne, Lichtberg, Volkstr. 7/8, und abends 7 Uhr in der Ge-

meinheitskassette 21 22, Charlottenburg, Wiglebstr. 35. Der Eintrittspreis beträgt 30 Golepfennig. Einlaß eine halbe Stunde vor Beginn. Im übrigen gelangen noch andere Filme zur Aufführung.

## Sanierung der Ortskrankenkassen.

Die Beiträge werden herabgesetzt.

Die eingetretene Stabilisierung der Währung hat auch auf die Krankenkassen günstig gewirkt. Während es in der Inflationszeit zweifelhaft erschien, ob die Krankenkassen erhalten werden kann, hat die verhältnismäßig kurze Zeit der Stabilisierung bereits gezeigt, daß die Krankenkassen durchaus lebensfähig sind. Die letzte Ausschüttung der Allgemeinen Ortskrankenkassen der Stadt Berlin hat daher beschlossen, die Beiträge von 10 auf 8 Proz. herabzusetzen. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Kasse bekanntlich viel Risiken hat und bei ihr sämtliche Erwerbslosen versichert werden. Für die zurzeit dort versicherten 150 000 Erwerbslosen werden aber nur Beiträge in Höhe des sechsten Teiles der Beiträge gezahlt, die Vollarbeiter an die Kasse abführen müssen. Tragen muß die Kasse für diese Personen mit Ausnahme des Krankengeldes, dieselben Leistungen gewähren wie für die übrigen Versicherten. Bei Abnahme der Arbeitslosigkeit ist sofort eine weitere erhebliche Herabsetzung der Beiträge zu erwarten. Auch die Verwaltungskosten sind infolge des Abbaus ganz erheblich gefallen. Die Zahl der beschäftigten Beamten und Angestellten ist von 1100 auf 633 herabgesetzt und wird im nächsten Monat auf höchstens 600 fallen. Infolgedessen werden die Verwaltungskosten im Monat Januar nur 6-7 Proz. betragen, und damit auf die Hälfte des Friedensjahres angelangt sein.

Am Donnerstag abend nahmen in gut besuchter Versammlung die Vorstands- und Ausschussmitglieder des Berliner Ortskrankenkassenverbandes Stellung zu dem nun schon fast zwei Monate währenden Kierzestreit. An den Bericht des Kollegen Müller vom Verbandsrat (Arbeitnehmervertreter) schloß sich eine eingehende Aussprache an. Es wurde nachstehende Entschliessung gegen eine Stimme angenommen: „Die Versichertenvereine haben von dem Bericht des Kollegen Müller Kenntnis genommen und sind erfreut, daß die Regierung bisher in dem vom Jeun gebrochene, nunmehr zwei Monate dauernde Kierzestreit nicht gegen die streifenden Ärzte eingegriffen hat. Sie sprechen ihre Enttäuschung und Empörung darüber aus, daß die Regierung jetzt, statt gegen die Ärzte, gegen die Kassenverbände einschreiten und sie zwingen will, die alten Kierzestricke wieder einzuführen und damit die in Berlin befindlichen 3000 Arbeiter den Kassen wieder aufzuzwingen. Sie erklären, daß ein solches Vorgehen zum Ruin der Berliner Ortskrankenkassen führen muß. Die Versichertenvertreter sind der Auffassung, daß die jetzigen hohen Krankenkassenbeiträge abgebaut werden müssen. Die Arbeitnehmer sind nicht mehr in der Lage, von dem gering bemessenen Lohn die jetzigen hohen Beiträge weiter zu zahlen und können demzufolge die allzu hohe Zahl der Ärzte nicht ernähren. Sollte die Regierung trotzdem gegen die Kassen einschreiten, so erklären die Versichertenvertreter, daß sie ihre Kammer sämtlich niederlegen und der Regierung die Verantwortung überlassen müßten.“ — Die im Schlußwort des Referenten mitgeteilte Gründung des Berliner Kassenvereins wurde von den Anwesenden mit Freude und größter Genugtuung zur Kenntnis genommen.

## Landreise und öffentliches Fürsorgewesen.

Am 24. d. M. trat im Kreisbau des Kreises Lettow der Wohlfahrtsausschuß des Verbandes der Deutschen und Preussischen Landkreise zusammen, um Stellung zu nehmen zu dem von der Reichsregierung verfolgten Plan, die Kriegsfolgenhilfe mit der Armenfürsorge und anderen Zweigen der Wohlfahrtsfürsorge zu einer einheitlichen kommunalen Fürsorge zusammenzufügen. Die zahlreichen erschienenen Vertreter von preussischen Landkreisen und der ihnen gleichstehenden ländlichen Gemeindeverbände aus allen Ländern Deutschlands waren einstimmig der Ansicht, daß die sozialen Aufgaben der Gemeinden nicht abgebaut werden dürfen, daß vielmehr gerade bei der gegenwärtigen Not die öffentliche Fürsorge mit allen Mitteln fortgeführt werden müsse. Die Bestimmungen des vorliegenden Verordnungsentwurfs und die Grundzüge seiner Ausführung in den einzelnen Ländern wurden eingehend durchgesprochen und dazu Wünsche und Anregungen finanzwirtschaftlicher und fürsorglicher-organisatorischer Art formuliert, die den Reichs- und Staatsrat sofort zur Kenntnis gebracht worden sind. Zum Schluß der Tagung wurde die Frage der Inanspruchnahme des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes sowie der Notlage der ländlichen Fortbildungsschulen besprochen.

## Gefährliches Notgeld der deutschen Reichsbahn.

Von dem Papiermarkt lautenden Notgeld der deutschen Reichsbahn sind Fälschungen im Umlauf, die auf feingrünem Wasserzeichenpapier gedruckt sind und bei denen der ursprüngliche Betrag von 20 „Millionen“ Mark in 20 „Billionen“ Mark umgeändert ist. Die Fälschungen sind in der Durchsicht als solche leicht erkennbar. Die Doppellinien der Buchstaben sind als solche zum Teil verflücht, zum Teil ganz mit grüner Farbe ausgefüllt. Echte „20-Billionen“-Scheine der deutschen Reichsbahn sind überhaupt nur in geringer Anzahl im Umlauf. Sie sind auf einem rosa Wasserzeichenpapier gedruckt und haben eine Größe von 7 1/2 mal 11 1/2 Zentimeter. Ferner wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Notgeldscheine der deutschen Reichsbahn mit Ueberdruck überhaupt nicht im Verkehr sind. Es ist wirklich hohe Zeit, daß das Notgeld schleunigt aus dem Verkehr verschwindet.

## Strassenbahnbau Potsdam-Raputh-Ferd.

Eine große Verkehrsbesserung für die Ortsteile Raputh-Ferd soll demnächst durch den Bau einer Strassenbahnanbindung geschaffen werden. Die Bahn wird vom Bahnhof Potsdam durch die Ortsteile Templin, Raputh, Ferd durchgeführt werden. Banken und Industrieunternehmen sind finanziell daran beteiligt. Eine größere Summe ist bereits sichergestellt. Als Erbauer ist der Ingenieur Waptholz, der auch die Eisenbahn in Teutlich-Schwetstrahe erbaut hat, gewonnen worden. Wie die Bahn vermutlich der schon bestehenden Havelbahn folgen wird, so wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß dieser in weitem Umkreis um Berlin nahezu einzigartigen Naturwunder durch die Bahn keinerlei Abbruch geschieht. Die Naturräumliche, Heimat- und Wandervereine haben die Pflicht, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und jeder Naturverbundlung vorzubringen.

## „Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Hochwassergefahr im Inbatal. In der Nacht vom 20. zum 21. Januar war die Raune, ein Nebenfluß der Fulda bei Guntershausen, infolge der plötzlich einsetzenden Schneeschmelze über die Ufer getreten und hatte sich ein neues Bett gesucht, außerdem nahm die Eilung des Treibendes gefährliche Formen an. Die zwei Brücken innerhalb der Ortschaft waren schwer bedroht. Rafter und Ortbewohner und der alarmierten Feuerweh mußte die Technische Rothilfe zur Hilfeleistung aufgerufen werden.

Ein geheimes volles engl. Flugzeug. „Daily Chronicle“ teilt mit, daß das englische Luftschiffministerium in aller Heimlichkeit ein Flugzeug von neuem Typ bauen läßt, das der erste Apparat einer Luftschiffmarine sein soll. Die Maschine, ein Eindecker, soll so konstruiert werden, daß sie in wenigen Minuten in ein Komp.- bzw. Parousenflugzeug verwandelt werden kann.

Fabrikbrand. In dem Schlosserbau des Bayerischen Land in Deggendorf ist auf noch nicht geklärt Weise ein Brand ausgebrochen, der in kurzer Zeit das ganze Gebäude ergriff. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Zentralarbeitsgemeinschaft im Abbau.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB kündigt das bevorstehende Ende der Zentralarbeitsgemeinschaft an, das mit der folgenden Entschliessung des Bundesauschusses eingeleitet ist:

„Der Bundesauschuß bekennt sich aufs neue zu dem in der Verfassung niedergelegten Grundsatz der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer in wirtschaftlichen Fragen. Er ist sich bewußt, daß damit ein Zusammenwirken mit dem Unternehmertum ebenso unvermeidlich ist wie bei der gemeinsamen Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Tarifgemeinschaft.“

Unbeschadet dieser grundsätzlichen Auffassung beauftragt der Ausschuß den Bundesvorstand, sein Verhältnis in der Zentralarbeitsgemeinschaft zu lösen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich organisatorisch und sachlich außerstande gezeigt, die ihr zufallenden Aufgaben zu erfüllen. Insbesondere hat sie nicht verhindern können, daß weite Kreise der Unternehmern wirtschaftlich und sozial eine Haltung einnehmen, die unvereinbar mit dem Geist und den Vereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft ist. Unter diesen Umständen ist die Aufrechterhaltung der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht möglich.

Der Ausschuß nimmt zustimmend Kenntnis von den Bemühungen des Bundesvorstandes, die Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Vertretung der Arbeitnehmer auf andere Weise zu regeln. Er bevollmächtigt ihn, diese Bemühungen fortzusetzen.“

Der Bundesvorstand des ADGB, hatte die Zentralarbeitsgemeinschaft schon seit dem Abstimmungsergebnis des Leipziger Gewerkschaftskongresses, das nur eine geringe Mehrheit der vertretenen Mitglieder auf die von ihm vorgelegte Entschliessung vereinigte, aufgegeben und war seither bemüht, sie durch ein Abkommen abzulösen, das die der ZAG übertragenen Vorschlagsrechte für die Benennung der Mitglieder öffentlicher Körperschaften auf andere Organe überleitet. Als solche Organe waren Vertretungen der Spitzenverbände der Arbeitgebe einerseits und der Arbeitnehmer andererseits gedacht, die unabhängig voneinander solche Vorschläge machen. Das erfordert auf Seiten der Gewerkschaften ein ständiges Zusammenwirken ihrer Spitzenverbände, das auch aus anderen Gründen erforderlich erscheint. Nach dem Abgang der Zentralarbeitsgemeinschaft besteht die Vereinbarung vom 15. November 1918 ruhig weiter. Sie hängt mit der ZAG nicht zusammen, sondern ist ein Vertrag, der lediglich aus sich selbst heraus zu beurteilen ist. An diesem Vertrag sind alle Spitzenverbände der Gewerkschaften in gleichem Ausmaß interessiert, sowohl wegen der sozialpolitischen Zustände, die er enthält, als auch insbesondere wegen des Ausschusses der wirtschaftsfriedlichen Organisationen. Die Auffassung mancher Arbeitgebervertreter, daß das Novemberabkommen mit dem Ende der ZAG erledigt sei, ist durch nichts begründet. Solange keine Kündigung vorliegt und die dreimonatige Frist abgelaufen ist besteht das Abkommen unangefastet fort. Zu gemeinsamer Arbeit gegen alle Versuche, die Gewerkschaftsfront zu durchbrechen, müssen die an dem Novemberabkommen beteiligten Gewerkschaftsorganisationen zusammenwirken und sich eine gemeinsame aktionsfähige Vertretung schaffen, auf die dann alle Vorschlagsrechte der früheren ZAG, un schwer überleitet werden können. Das sollte bald geschehen.

## Zum Angestelltenabbau bei den Behörden.

Die Entlassung der Angestellten bei den Behörden auf Grund der Personalabbauverordnung wird in der rigorosesten Weise durchgeführt. Die Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes werden nicht eingehalten, obwohl bei den Verhandlungen im Reichstago erklärt worden ist, daß selbstverständlich alle nicht aufgehobenen Bestimmungen des BAG, weiterhin zu beachten sind. Im Bereiche des Reichsfinanzministeriums sind am 31. Dezember 1933 2066 Angestellte entlassen und für den 31. Januar weitere 1211 Angestellte gekündigt worden. Durch diese Maßnahmen sind bis 1. Februar 1934 11 Proz. des gesamten Personals der Reichsfinanzverwaltung abgebaut worden. Diese 11 Proz. tragen allein die Angestellten, die nach Art. 8 § 1 (3a) der PAB, auf die Beamtenzahl anzurechnen sind, so hebt der Reichsfinanzminister in einer Verfügung mit Genugtuung hervor. In früheren Zeiten wurde, wenn die Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern im Bereiche der Reichsfinanzverwaltung bevorstand, der Hauptbetriebsrat zusammenberufen, um mit ihm über diese Entlassungsmaßnahme zu beraten. Trotz der vorgenannten Masseneinstellungen lehnte Reichsfinanzminister Dr. Lütke ab, die zur Abhaltung einer Hauptbetriebsratssitzung notwendigen Mittel den Mitgliedern des Hauptbetriebsrats, die zum größten Teile außerhalb Berlins wohnen, zu bewilligen. Der Hauptbetriebsrat beschwerte sich bei dem für diese Streitigkeit zuständigen Reichswirtschaftsrat. In der Verhandlung, in der der Hauptbetriebsrat durch den Zentralverband der Angestellten vertreten wurde, entschied der Reichswirtschaftsrat, daß der Anspruch des Hauptbetriebsrates auf Abhaltung einer Sitzung anerkannt werde. Erst auf diesem Wege mußte das Reichsfinanzministerium zur Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtung angehalten werden.

## „Schiedspruch gegen Schiedspruch“.

Zu dieser Zeit in Nr. 37 des „Vorwärts“, die durch die Telegraphenbureau verbreitet wurde, erfahren wir von der Zeitung des Deutschen Bankbeamtenvereins, daß es sich um eine Irreführung durch den Deutschen nationalen Handlungsgesellschaftenverband handelt. Dieser nicht gerade rühmlich bekannte Verband sucht den Reichstaxi für das Bankgewerbe zu untergraben, indem er u. a. örtliche Schlichtungsausschüsse anruft und dann mit angeblich günstigeren Ergebnissen für die Bankangestellten paradiert. Die von dem genannten Verband inspirierte Werbung, der Schlichtungsausschuß Hannover habe den Bankangestellten durch Schiedspruch um etwa 10 Proz. höhere Gehälter zugesprochen als der für verbindlich erklärte Schiedspruch des Reichsarbeitsministers ist un wahr.

Wäre es nicht der Deutschen nationale Handlungsgesellschaftenverband, würden wir es einfach für unmöglich halten, daß eine Angestelltenorganisation zu solchen Mitteln greift, die ganz Tagespresse mit unwahren Angaben herbeizieht, nur um ihre Agitation zu fördern. Freilich, die Mittel, die der Zweck heiligen soll, werden diesen Zwecken stets angepaßt sein und können daher auch nicht höher stehen als die Sache, der sie dienen.

## Erneute Arbeitslosigkeit aus Wagenmangel.

Weil es infolge der französischen Eisenbahnregel an Güterwagen fehlt, haben folgende Zechen den Betrieb eingestellt: In Essen Friedrich-Ernejine und Gottfried-Wilhelm am 23. Januar, Johann-Deimelsberg und Zentrum 4/6 am 24. Januar. In Bochum Zeche Lothringen. Die Zeche Friedrich der Große in Herne heit in drei Tagen einen Förderausfall von 4500 Tonnen. Die Zeche mußte auch gestern die bereits eingefahrene Belegschaft wieder ausfahren lassen.

In Dortmund mußten auf Zeche Bruchstraße in Lonsendree am 22. und 23. Januar und auf Zeche Adolf von Hansmann in Rennebr am 22. Januar die Belegschaften 1422 u. 1100 Arbeiter am 23. Januar die Zechen Hollmann-Amalia, Elben-Planeten, Karoline und Neu-Jericho 1 und 2 feiern.

Verantwortlich für den Inhalt: Haupt-Verleger: Friedrich Wilhelm Schölermann, Berlin, Unter den Eichen 15. Redaktions-Büro: Berlin, Unter den Eichen 15. Druck: „Vorwärts“-Druckerei und Verlagsanstalt, Berlin, Unter den Eichen 15. Berlin O. B., Lindenstraße 2.

# 3 Serien-Tage am 25., 26., 28. Januar

Serie I = 95 Pf.

Serie II = 1.95 G.-M.

Serie III = 2.95 G.-M.

- Taschentücher gestickt . . . . . 5 Stück 95 Pf.
- Damen-Strümpfe gute Qualität . Paar 95 Pf.
- Herren-Socken alle Farben . . . . . Paar 95 Pf.
- Hosenträger Ia Gummi . . . . . Paar 95 Pf.
- Kinder-Strümpfe schwarz u. braun Größe 5, 6, 7 . . . . . Paar 95 Pf.

- Damen-Strümpfe Ia. Seidenart, alle Farben 1.95
- Herren-Socken reine Wolle . . . . . 1.95
- Untertaille guter Stoff, reiche Verarbeitung . 1.95
- Hüfthalter mit Strumpfbändern . . . . . 1.95

- Damen-Hemd gute Verarbeitung . . . . . 2.95
- Untertaille beste Qualität . . . . . 2.95
- Wol'schals Restbestand . . . . . Stück 2.95
- Herren-Normalhosen . . . . . 2.95
- Wiener Schürzen bunt und gestreift . . . 2.95

## Serienkasten - 95 Pf.

Inhalt: 2 Rollen Garn, 3 Leinwandzwirne, 1 Dutzend Druckknöpfe, 1 Paar Senkel, 1 Stopfseide, 2 Briefe Nähmaschinen, 1 Dtz. Sicherheitsnadeln, 2 Rollen Twist

## Ia. Madap.-Linon 95 Pf.

- 1 Posten Schlafdecken . . . . . 1.95
- 3 Stück Gläsertücher . . . . . 1.95
- Blusenbarchent . . . . . Meter 1.95

## Spitzen- u. Stickereiabschnitte durchweg 95 Pf.

- Handtücher gesäumt und gebündert . . . 95 Pf.
- Taffetband in allen Farb., 10 cm br., Mtr. 95 Pf.

Preise in Goldmark Verkauf soweit Vorrat

# EMIL MOSES NACHF.

Birkenstraße 29 / An der Putzitzbrücke

Kein Verkauf an Händler und Wiederverkäufer!

### Anzüge! billig! Hosen!

Knaaben-Anzug . . . 5,30	Streifenhosen . . . 4,50
Burschen-Anzug . 17,50	Arbeitshosen . . . 4,50
Moderner Anzug . 29,00	Mittelhosen . . . 5,20
Eleg. Mantel . . . 29,00	Breeches . . . . 4,50
Konfirm.-Anzug billigst	Manch.-Breeches . 11,00

### Hosenzentrale

Neukölln, Berliner Straße 10-19 Berlin, Köpenicker Platz 10 (am Schles. Bahnhof)

# Erklärung

an die Einwohnerschaft des Gross-Berliner Südens!

Wie dem größten Teil der Grossberliner Bevölkerung bekannt ist, haben wir außer unseren Verkaufshäusern: Münzstraße 25 und Frankfurter Allee, am Kottbuser Damm 13, Ecke Schönhauserstrasse, ein weiteres Verkaufslokal, part. und 1. Etage, eröffnet. Wir bringen unserer wertigen Kundschaft auch hier eine ausserordentliche Auswahl in den neuesten Luxusmoden zu billigen Preisen bei erstklassiger Garantiware, so z. B. Echt Boxkalf-Damen-Halbschuhe auf Sand geräht 10,80, wie wir auch in den billigeren und soliden Schuhwaren eine kolossale Auswahl zu äusserst billigen Preisen bringen. Sie können bei uns schon für 0,90 M. einen echt braun Fahlleder-Herrenstiefel mit Lederbrandsohlen haben und einen echt Rindbox-Herrenstiefel für 8,90, Damen-Halbschuhe, Chevreauz imitiert, mod. schicke Form, 5,90, bessere Lederarten 6,80, 7,80, 9,80, Kinderstiefel, Kamelhaarschuhe usw. usw. billig. Es handelt sich hier nicht um einzelne Größen, sondern alle diese Sachen sind in allen Größen am Lager. Wir sind gern bereit, Ihnen unsere Artikel und unsere billigen Preise zu zeigen.

Großdetail-

# Schuh-Lokal

neu eröffnet: Kottbuser Damm 13  
weiteres Verkaufshäuser:  
Münzstrasse 25 / Frankfurter Allee 54

### Arbeiter-Berufs-Kleidung

Sport- u. Wirtschaftsoffen von 14-20 Rmk., tolle Breeches u. Reitar-elef-hosen von 13-3 Rmk., MIL-Arbeits-hosen in feldgrau u. schwarz, sowie weit im Gesäß und vorwärts verarbeitete Arbeits-hosen aus Cord-Samtmantel, engl. Leder-, Pilot-, Stoff- und Zwirn-hosen, 6-20 Rmk. Monteur-Anzüge, Schlosserhemden, Normal-Makko-Unterhemden und Hosen, warme Strickwesten, Barchend- u. Einsatz-Hemden, Socken, Strampfe usw., sowie erstklassige und preiswerte handarbeitete, kernig, wasserlicht und widerstandsfähige Sport- u. Touren-Schuhe mit durchgehender doppelter Kernsohle in ganz schwerer u. leichter Ausführung, 10-10 Rmk. prima Kav., steil, 4, Kropf- u. Infr.-Schafstiefel, 20-30 Rmk., Strapsler- u. Sträßenschuhe, Mil.-Schuh mit 1/2 Ker Sohle, mit u. ohne ansezt Sonnentenschutz 10-14 Rmk. Herren-Sonntags-, Sport- u. Sträßenschuhe, Konkurrenz es billigst.

**Beweis,** daß täglich auf weitere Empfehlungen hin, seitens alter Kundschaft neue Kunden von weit und breit zwecks Einkauf nach hier kommen.

**Kollermann, Herren-, Sport u. Berufskleidung**  
Lichtenberg, Hölendorfsstraße 94/95  
Beweis u. Hof P. an Frankfurter Allee - Geschäftszeit 1/2-6 Uhr

# Zähne

1 und 2 Goldmark

Kronen u. Brücken zähne v. J. Goldmark an. Weltgehende 3-Jahre-Garantie Teilzahlung gestattet. Zahnziehen bei Bestellung von Gebiß gratis.

Vorzugslos 10 Proz. Rabatt!

## Zahn-Praxis Halvani

Danziger Straße 1 (Ecke Schönhauser Allee).

## TRAURINGE

in jed. Größe u. Qualität, stets vorrätig, nur bill. Preisberechn.

**M. Dinse, Juweller**  
Lichtenberg, Frankf. Allee 302  
Nähe Bahn, Lichtenb. Friedhof  
Teleph. Lichtenberg 3322

## Ischias

besonders wirksam sind die kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage billig!

in der Gesamtauflage des Vorwärts und trotzdem

## Milliarden sparen Sie

bei ERICH SCHULZ  
Neukölln, Kottbuser Damm 13  
an der Weichselstr.

Für den Winter: Strumpfwaren, Kindertrikots, Trikotasen, Kindersweaters, Wollwaren, Damen-Schleifer, Woll-, Nähnarn.

### Rheumatismus

Gicht, Ischias, Nerven- und Erkältungsschmerzen lind. sofort vermittelnd Electricum ein Natur-Produkt von höchst durchgreifender Wirkung die einst schmerzbringende Einwirkung. Man nehme nur „Electricum“ in Dosen mit Wasserzucker erhältlich, wo nicht durch Otto Reichel, Berlin 41, 50, Dönhofsstr. 4.

### Volkskleidung Hosen

Gummimantel Sport-Anzüge Manchester u. Loden Hemden, Socken Unterhosen Berufskleidung Gute Ware! Billigste Preise!

**Gerh. Köhnen**  
Neukölln Hermannstr. 76/77

### Sehokoladen

in großer Auswahl, stets vorrätig, billigste Preise

**Bonbon, Kakao Keks, Pralinen**  
Gehr. Deutschkron  
Hardenbergstr. 65/66 Tel. 7160  
Vertreter geprüft!

### Gardinen

Sonderangebote u. Gelegenheits-Käufe in Resten Stores, Bettdecken, Wollwaren und Kleiderstoffe.

Spezial-Curtainverleiher  
Neukölln, Bergstr. 57  
am Rindbühl

### Altes Spezialgeschäft

in Kamelhaar-Schlaf-Relax-Betten

Erstklassige Strümpfen Stries in billig. Tagespreisen

**Gehrdter Pfanne**  
Berlin SW. Friedrichstr. 205  
Ede Zimmerl.

Wiltst Du Deinen Mann was kaufen, mußt du

### Hosen-Anders

laufen. Berufskleidung Strickwesten Trikotasen Socken Taschentücher

**A. Anders,**  
Busselstr. 25

### Marken-Zigaretten

Tabak-Zigarren Garbaty, Halpaus, Constantia, Karmilny, Avramikos, Muratti, etc. ab u. Tagespreisen.

**Arno Gebner,**  
Großhandl.-Werktstr. 21, Teleph. Moabit 2114.

### Strickwesten

Bleibes Kinderkleidung

Ständig großes Fabriklager in Strick- und Wirkwaren aller Art zum Einzelverkauf

**Bruno Richter & Co.**  
Fabrik-Niederlage Thüring. Wollwaren  
Bin.-Pankow, jetzt Mühlensstr. 1 (Ecke Breite Straße)

# 4 Ausnahme-Tage für Lebensmittel

Erbsen Viktoria . . . . . Pfund 28 Pf.	Linzen . . . . . Pfund 32 Pf.	Fadennudeln . . . . . Pfund 30 Pf.	Zucker gemahlen . . . . . Pfund 37 Pf.
Erbsen polierte, ganze . Pfund 31 Pf.	Haferflocken . . . . . Pfund 16 Pf.	Hörnchen . . . . . Pfund 30 Pf.	Kaffee gebrannt, garantiert rein-schmeckend . . . . . Pfund 2 <sup>40</sup>
Erbsen polierte, halbe . Pfund 28 Pf.	Weizengriess . . . . . Pfund 19 Pf.	Weizen-Auszugmehl bestes, Pfund 19 Pf.	Kakao Paket . . . . . 1 Pfund 1 <sup>20</sup>
Bohnen weiße . . . . . Pfund 24 Pf.	Kartoffelmehl . . . . . Pfund 19 Pf.	Weizenmehl 70% . . . . . Pfund 16 Pf.	Kunsthonig 1-Pfund-Paket 42 Pf.
Tafelreis . . . . . Pfund 19 Pf.	Maisgriess . . . . . Pfund 16 Pf.	Roggenmehl . . . . . Pfund 14 Pf.	Backobst . . . . . Pfund 74 Pf.
Tafelreis glasiert . . . . . Pfund 22 Pf.	Makkaroni . . . . . Pfund 38 Pf.	Malzgerste gebrannt . Pfund 18 Pf.	Pflaumen-Marmelade Pfd. 45 Pf.
Bruchreis . . . . . Pfund 15 Pf.	Bandnudeln . . . . . Pfund 24 Pf.	Roggen gebrannt . . . . . Pfund 16 Pf.	3-Frucht-Marmelade Pfd 55 Pf.

Verkauf im Lichthof: Extra billiges Angebot in Porzellan und Steingut

# H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55.

Beachten Sie, bitte unser Lebensmittel-Schauenster!

Freitag  
Sonnabend  
Montag  
Dienstag